

Wenn heute Wahlsonntag wäre

Es ist immer wieder unterhaltsam, die Entwicklungen bei den Wahlumfragen zu lesen. Die Forschungsgruppe Wahlen, die für das ZDF tätig ist, hat zwischen dem 6. und 8. August 1.307 Wahlberechtigte befragt, Forsa vom 5. bis 9. August 2.503, und Emnid zwischen dem 1. und 7. August 2.388.

Hier die Ergebnisse – in der Reihenfolge Forschungsgruppe Wahlen, Forsa und Emnid – in Klammern dahinter stehen jeweils die tatsächlichen Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24. September 2017:

CDU/CSU	28 – 26 – 26 Prozent (32,9%)
SPD	13 – 12 – 14 Prozent (20,5%)
Grüne	25 – 25 – 22 Prozent (8,9%)
FDP	7 – 8 – 9 Prozent (10,7%)
Die Linke	7 – 8 – 9 Prozent (9,2%)
AfD	13 – 13 – 14 Prozent (12,6%)

Bis zur nächsten regulären Wahl ist es noch Zeit bis zum September 2021, wenn die GroKo vorher nicht platzt.

Die nächsten Landtagswahlen finden schon am 1. September 2019 in Brandenburg und Sachsen statt.

Forsa hat am 9. August 2019 für **Brandenburg** folgende Umfrage veröffentlicht: In Klammern dahinter das Ergebnis vom 14. September 2014.

CDU	18% (23%)
SPD	17% (31,9%)
Grüne	16% (6,2%)
FDP	5% (1,5%)
Linke	14% (19%)
AfD	21% (8%)

Für **Sachsen** hat INSA am 6. August 2019 eine Umfrage veröffentlicht. In Klammern das Ergebnis vom 31. August 2014:

CDU	28% (39,4%)
SPD	8% (12,4%)
Grüne	12% (5,7%)
FDP	5% (3,8%)
Linke	16% (18,9%)
AfD	25% (9,7%)

Knapp zwei Monate später, am 27. Oktober 2019, wird in Thüringen gewählt. Infratest dimap hat am 30. Juli 2019 folgende Ergebnisse vorausausgesagt. In Klammern die Resultate vom 14.09.2014:

CDU	21% (33,5%)
SPD	8% (12,4%)
Grüne	11% (5,7%)
FDP	5% (2,5%)

Linke	25% (28,2%)
AfD	24% (10,6%)

SPD-Wähler können sich am wohlsten in Hamburg (30%) und Mecklenburg-Vorpommern (22%) fühlen. Nur dort liegt die Partei noch vorn, in Hamburg deutlich, in Mecklenburg-Vorpommern knapp vor der CDU.

Am traurigsten sieht es für die SPD in Bayern (7%), Sachsen (8%) und Thüringen (8%) aus.

Der Länderdurchschnitt liegt bei 18,6%, da liegt Berlin mit derzeit 16% knapp drunter, beim Bundesdurchschnitt von 13% drei Punkte drüber.

Die Union ist in neun von 16 Bundesländern stärkste Kraft:

Bayern	37%
Hessen	27%
Niedersachsen	30%
Nordrhein-Westfalen	30%
Rheinland-Pfalz	31%
Saarland	37%
Sachsen	28%
Sachsen-Anhalt	28%
Schleswig-Holstein	30%

Die Grünen sind nach wie vor in Baden-Württemberg mit 28% stärkste Partei, einen Punkt vor der CDU. In Berlin mit 25% sogar acht Punkte vor der CDU und neun vor der SPD. In Thüringen behauptet (noch) Die Linke ihre Führungsposition mit 25%, einen Punkt vor der AfD. Und die AfD hat im Augenblick in Brandenburg mit 21% die Nase vorn, drei Punkte vor der CDU, vier vor der SPD, fünf vor den Grünen und sieben vor der Linken. Das Landtagspräsidentenamt, das traditionell der stärksten Partei zu-steht, ist derzeit der AfD nicht mehr zu nehmen. Es sei denn, die anderen Parteien blockieren die Wahl so wie beim Bundestagsvizepräsidenten.



Die Regierungsbildungen in Sachsen und Brandenburg dürften Kraftakte werden. In Sachsen ginge jenseits der AfD und ohne Linke nur eine Koalition aus CDU, SPD, Grüne und FDP. Das klingt sehr abenteuerlich. Das wäre dann die Simbabwe-Koalition. Übrigens symbolisieren die Farben „Schwarz die Leistungen der Mehrheitsregierung im Land, Rot steht für den Unabhängigkeitskampf, Gelb für die Bodenschätze und Grün für die Landwirtschaft und den natürlichen Reichtum des Landes.“ Passt doch. In Brandenburg würde es mit Schwarz-Rot-Grün für eine „Afghanistan-Koalition“ reichen. Das kann was werden. **Ed Koch**

Quelle: wahrcht.de – Angaben ohne Gewähr